

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Nun ist auch der zweite deutsche Reichsflieger, Graf Caprivi, gestorben. Seit seinem Amtsrücktritt hat man wenig von ihm gehört; von dem Gute Schrein bei Kroppen, wo er wohnte, kam er nur selten nach Berlin. Caprivi hat ein Alter von 88 Jahren erreicht. Am Donnerstag findet die Beerdigung in Schrein statt.

* Der Kaiser richtete am den General v. Müller, den Neffen Caprivis, folgendes Telegramm: „Soeben von der Nachricht vom Hinscheiden Ihres Onkels, des Generals der Infanterie, Grafen v. Caprivi, überrascht, spreche Ich Ihnen und der Familie des Heimgegangenen Meine teilnahmsvolle Mittrauer aus. Als Soldat von seinem Kriegsherrn immer hochgeschätzt, als Reichsflieger Mein arbeitsfreudiger, überzeugungstreuer Mitarbeiter, hat Graf Caprivi auch in der Zurückgezogenheit seiner Inaktivität es verstanden, sich die Anerkennung und Dankbarkeit seines Königs und Kaisers zu erwerben.“

* Im Brandenburgischen Provinziallandtag hat der Kaiser am Freitag wieder eine längere Rede gehalten, in der er seine persönliche Verantwortlichkeit dem Herrscher im Himmel gegenüber betonte, von der er wie alle seine Vorgänger auf dem brandenburgisch-preußischen Throne durchdrungen sei. Der hohe Redner zog auch seine Palästinareise in den Kreis seiner Betrachtungen; am Oelberge habe er gewissenshafte Angst vor neuem den Hahnenkampf geschworen, nichts unversucht zu lassen, um das deutsche Volk in sich zu einigen und das, was es trennen könnte, zu beseitigen. In Ansprache auf die Friedenskonferenz äußerte der Monarch: „So lange in der Menschheit die unerlässliche Stunde herrscht, so lange wird es Krieg und Tod, Held und Weitwacht geben, und so lange wird ein Mensch versuchen, den anderen zu überwältigen. Was aber unter den Menschen, das ist auch unter den Völkern Gegeben. Deswegen wollen wir trachten, daß wir Germanen wenigstens zusammenhalten wie ein fester Block.“ Die Rede hat einen tiefen Eindruck gemacht.

* Der Erbprinz von Sachsen-Coburg-Gotha, der seit längerem sehr fränkisch war, ist am Montag in Martinsbrunn bei Meran im Alter von 24 Jahren gestorben. Er war der einzige Sohn des herzoglichen Paars, das bekanntlich erst vor kurzem seine Silber Hochzeit gefeiert hatte. Die Thronfolgerschaft geht nunmehr auf den jüngeren Bruder des regierenden Herzogs, den drittältesten Sohn der Königin von England, Herzog Arthur von Connaught, über, der im 49. Lebensjahr steht.

* An neuen Gesetzen müssen sich auf beiden Seiten der Regierung dem Reichstag zugängen: der Entwurf eines Hypothekenabgesetzes, der Gesetzentwurf betr. die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schulverzeichnungen und die lex Henze.

* Die Eingaben verschiedener Gemeinden wegen Herauszehrung des Reichsfürstens zu den Gemeindebelägen sind nach offizieller Mitteilung als wenig aussichtsvoll angesehen. Zum Trost wird darauf hingewiesen, daß bei den Gemeinden Saarden und Ellerbeck sich innerhalb ein Ausweg finden lassen, als in den Stat. der Marineverwaltung bestimmte Summen eingestellt sind, die zur Gewährung von Gehilfen an die Gemeinden bestimmt sind. Ob sich für andere Gemeinden in ähnlicher Weise sorgen ließe, würde von der Gestaltung der örtlichen Verhältnisse abhängen, jedenfalls von dem Nachweise der Schädigung kommunaler Interessen.

Österreich-Ungarn.

* In Österreich spricht sich eine einstimmig beschlossene Resolution der deutschen Volkspartei gegen die unrichtige Herrschaft des § 14, welche wieder begonnen hat, aus, ferner gegen den durch Erfahrung der Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren und durch eine Reihe sonstiger Maßregeln verblieben rechtswidrigen Angriff auf den nationalen Bestand des

deutschen Volkes und fordert dazu auf, ungebürgten Mut zu im Widerstand zu verharren, bis die entscheidende Wendung zum Bessern eingetreten. Ferner warnt die Resolution vor übertriebener Zuerstreck und entfogender Hoffnunglosigkeit und weist auf die Notwendigkeit hin, daß in so ertragter Zeit jedes kleinliche Gedank schweige und alle Parteien, denen die Wohlfaht des deutschen Volkes am Herzen liegt, sich in der Vertheidigung der Rechte des Volkes zusammenfinden. Die Partei will die Auflösung der national-politischen Verbündungen der Deutschen mit Nachdruck betreiben und fordert schließlich zu festem Zusammenhalten und unbegrenztem Widerstand auf.

* Die Vertreter der deutschen Volkspartei, der deutschen Fortschrittspartei, der christlich-sozialen Vereinigung und der freien deutschen Vereinigung haben sich zu einer Kundgebung geeinigt, in der die Badenischen Sprachenverordnungen getadelt, und als Ursache der ganzen verderblichen Entwicklung der inneren Verhältnisse bezeichnet werden und daß Zusammenhalten der Deutschen betont wird.

Frankreich.

* Der Kammerausschuß, welcher die Vorlage der Regierung wegen Übertragung der Revision in der Dreifussache an den gesamten Kassationshof vorgebereitet hatte, hat die Vorlage mit 9 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Es bedeutet das eine schwere Niederlage der Revisionssänger und des Ministeriums, das wahrscheinlich zurücktreten wird.

Spanien.

* Wie aus Madrid verlautet, hat Aguinaldo neue Bedingungen für die Freilassung der spanischen Gefangenen gestellt. Er verzichtet jetzt auf die Idee, daß Spanien die philippinische Republik anerkennen und sich mit ihr zum Kampfe gegen die Amerikaner verbünden sollte, aber die neuen Bedingungen sind auch unmöglich. Aguinaldo verlangt nämlich, daß Spanien ihm zwölf Geschütze und 14 000 Mausergewehre liefern.

Rußland.

* Einer Petersburger offiziellen Meldung zufolge ist der Zusammentritt des Abfristungskonferenz weiter verschoben worden. Er war der einzige Sohn des herzoglichen Paars, das bekanntlich erst vor kurzem seine Silberhochzeit gefeiert hatte. Die Thronfolgerschaft geht nunmehr auf den jüngeren Bruder des regierenden Herzogs, den drittältesten Sohn der Königin von England, Herzog Arthur von Connaught, über, der im 49. Lebensjahr steht.

* An neuen Gesetzen müssen sich auf beiden Seiten der Regierung dem Reichstag zugängen: der Entwurf eines Hypothekenabgesetzes, der Gesetzentwurf betr. die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schulverzeichnungen und die lex Henze.

* Die Eingaben verschiedener Gemeinden wegen Herauszehrung des Reichsfürstens zu den Gemeindebelägen sind nach offizieller Mitteilung als wenig aussichtsvoll angesehen. Zum Trost wird darauf hingewiesen, daß bei den Gemeinden Saarden und Ellerbeck sich innerhalb ein Ausweg finden lassen, als in den Stat. der Marineverwaltung bestimmte Summen eingestellt sind, die zur Gewährung von Gehilfen an die Gemeinden bestimmt sind. Ob sich für andere Gemeinden in ähnlicher Weise sorgen ließe, würde von der Gestaltung der örtlichen Verhältnisse abhängen, jedenfalls von dem Nachweise der Schädigung kommunaler Interessen.

Österreich-Ungarn.

* In Österreich spricht sich eine einstimmig beschlossene Resolution der deutschen Volkspartei gegen die unrichtige Herrschaft des § 14, welche wieder begonnen hat, aus, ferner gegen den durch Erfahrung der Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren und durch eine Reihe sonstiger Maßregeln verblieben rechtswidrigen Angriff auf den nationalen Bestand des

gleichnamigen Handwerker zum Gatten gewählt, der nicht verheiraten wird, bald die höchsten Stellungen in seinem Gewerbe einzunehmen. Er ist ein rechtschaffener und braver Mann, der dich innig liebt und dich glücklich machen wird.“

„Wer ist es?“ fragt Elga.

„Oskar Syvern,“ erwiderte die Alte. „Großmutter! o Großmutter!“ rief das Mädchen. „Ich bin ja glücklich, wie ich bin! Warum willst du mich von dir stoßen? Du hast noch lange Jahre vor dir, und so lange du lebst, las mich bei dir bleiben.“

„Ich habe es einmal beschlossen,“ sagte Grumbriege bestimmt, „und du kennst mich und weißt, daß das, was ich einmal bestimmt habe, auch geschieht. Oskar wird morgen in den Verbund der Hansa aufgenommen und den nächsten Sonntag in meine Familie.“

„Aber Großmutter,“ bat das Mädchen, „lach mir wenigstens Zeit zum Überlegen. Warum Oskar? Weißt du denn, ob er mich liebt? Weißt du, ob er in seinem Vaterlande nicht schon durch ein Versprechen gebunden ist, ob seine Hoffnungen nicht einen höheren Flug nehmen werden, wenn er in seiner Laufbahn Erfolg findet? Warum gerade er? Soll man etwas sagen, daß du ihn bei dir nur aufgenommen, um ihm deine Enkelin aufzuhäufen? Wenn du unwillkürlich meiner ledig sein willst, gibt es da nicht noch einen anderen geschickten Handwerker, der ehrsam und wohlhabend ist?“

„Ach,“ sagte die Alte ruhig, „es ist unnötig, daß du überlegst, wo ich alles wohl bedacht habe. Oskar ist durch kein anderes Versprechen gebunden, auch hat er kein anderes Streben, als

dem Reformator Kang Yuwei an. Die meisten Schüler entslohen; man glaubt, die Verhafteten werden lebenslänglich eingesperrt werden.

* Am 4. d. abends griffen die Filipinos Manila an; doch gelang es den Amerikanern, einfache aus ihren Stellungen zu vertreiben. Mehrere Filipinos wurden gefangen genommen; die Zahl ihrer Toten und Verwundeten ist noch unbekannt.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am 4. d. die zweite Beratung des Poststaats fort. Die Debatte drehte sich um die von den Abg. Bassermann und Müller-Sagan eingeführten Resolutionen.

* Am 6. d. wird die Spezialberatung des Poststaats fortgesetzt bei dem Titel „Postchef der Postämter ersten Klasse“ u. s. w. Zu demselben Antrag.

Abg. Bassermann (nat.-lib.) folgende Resolution: „Die veränderten Regierungen zu ersuchen, daß bei der veränderten Regelung des Gehalts der Postdirektoren eine Schädigung der jetzt im Amt befindlichen Direktoren gegenüber dem früheren System vermieden werde.“ Redner der gründet diesen Antrag mit den vielsch. laut gewordenen Befürchtungen, daß auch in dieser Beamtenkategorie ähnliche Schädigungen eintreten könnten wie in anderen Kategorien.

Direktor im Reichspostamt Wittko erwähnt, die Verwaltung sei bereit gewesen, diese Schädigungen dadurch nach Möglichkeit abzuwenden, daß für jede der drei Gruppen in dieser Beamtenkategorie einen besonderen Verdienstplan aufgestellt habe. So sympathisch der Postverwaltung daher der Antrag an sich sei, so bitte er doch das Haus, demselben zu Zeit keine Stütze zu geben.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, wann die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten in Kraft treten sollen und beschwert sich dann über die Verkürzung von Postbeamten.

Staatssekretär v. Poddieski: Die politischen Eingriffe von Beamten habe er nie gebilligt und werde er nie billigen. Er habe dem Oberpostdirektor auch in diesem Falle kein Missfallen zum Ausdruck gebracht. Auch in anderen Fällen, die nicht an die Öffentlichkeit gelangt seien, habe er nichts unternommen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, wie die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten in Kraft treten sollen und beschwert sich dann über die Verkürzung von Postbeamten.

Staatssekretär v. Poddieski: Die politischen Eingriffe von Beamten habe er nie gebilligt und werde er nie billigen. Er habe dem Oberpostdirektor auch in diesem Falle kein Missfallen zum Ausdruck gebracht. Auch in anderen Fällen, die nicht an die Öffentlichkeit gelangt seien, habe er nichts unternommen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, wann die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten in Kraft treten sollen und beschwert sich dann über die Verkürzung von Postbeamten.

Staatssekretär v. Poddieski: Die politischen Eingriffe von Beamten habe er nie gebilligt und werde er nie billigen. Er habe dem Oberpostdirektor auch in diesem Falle kein Missfallen zum Ausdruck gebracht. Auch in anderen Fällen, die nicht an die Öffentlichkeit gelangt seien, habe er nichts unternommen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, wann die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten in Kraft treten sollen und beschwert sich dann über die Verkürzung von Postbeamten.

Staatssekretär v. Poddieski: Die politischen Eingriffe von Beamten habe er nie gebilligt und werde er nie billigen. Er habe dem Oberpostdirektor auch in diesem Falle kein Missfallen zum Ausdruck gebracht. Auch in anderen Fällen, die nicht an die Öffentlichkeit gelangt seien, habe er nichts unternommen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, wann die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten in Kraft treten sollen und beschwert sich dann über die Verkürzung von Postbeamten.

Staatssekretär v. Poddieski: Die politischen Eingriffe von Beamten habe er nie gebilligt und werde er nie billigen. Er habe dem Oberpostdirektor auch in diesem Falle kein Missfallen zum Ausdruck gebracht. Auch in anderen Fällen, die nicht an die Öffentlichkeit gelangt seien, habe er nichts unternommen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, wann die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten in Kraft treten sollen und beschwert sich dann über die Verkürzung von Postbeamten.

Staatssekretär v. Poddieski: Die politischen Eingriffe von Beamten habe er nie gebilligt und werde er nie billigen. Er habe dem Oberpostdirektor auch in diesem Falle kein Missfallen zum Ausdruck gebracht. Auch in anderen Fällen, die nicht an die Öffentlichkeit gelangt seien, habe er nichts unternommen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, wann die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten in Kraft treten sollen und beschwert sich dann über die Verkürzung von Postbeamten.

Staatssekretär v. Poddieski: Die politischen Eingriffe von Beamten habe er nie gebilligt und werde er nie billigen. Er habe dem Oberpostdirektor auch in diesem Falle kein Missfallen zum Ausdruck gebracht. Auch in anderen Fällen, die nicht an die Öffentlichkeit gelangt seien, habe er nichts unternommen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, wann die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten in Kraft treten sollen und beschwert sich dann über die Verkürzung von Postbeamten.

Staatssekretär v. Poddieski: Die politischen Eingriffe von Beamten habe er nie gebilligt und werde er nie billigen. Er habe dem Oberpostdirektor auch in diesem Falle kein Missfallen zum Ausdruck gebracht. Auch in anderen Fällen, die nicht an die Öffentlichkeit gelangt seien, habe er nichts unternommen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, wann die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten in Kraft treten sollen und beschwert sich dann über die Verkürzung von Postbeamten.

Staatssekretär v. Poddieski: Die politischen Eingriffe von Beamten habe er nie gebilligt und werde er nie billigen. Er habe dem Oberpostdirektor auch in diesem Falle kein Missfallen zum Ausdruck gebracht. Auch in anderen Fällen, die nicht an die Öffentlichkeit gelangt seien, habe er nichts unternommen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, wann die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten in Kraft treten sollen und beschwert sich dann über die Verkürzung von Postbeamten.

Staatssekretär v. Poddieski: Die politischen Eingriffe von Beamten habe er nie gebilligt und werde er nie billigen. Er habe dem Oberpostdirektor auch in diesem Falle kein Missfallen zum Ausdruck gebracht. Auch in anderen Fällen, die nicht an die Öffentlichkeit gelangt seien, habe er nichts unternommen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, wann die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten in Kraft treten sollen und beschwert sich dann über die Verkürzung von Postbeamten.

Staatssekretär v. Poddieski: Die politischen Eingriffe von Beamten habe er nie gebilligt und werde er nie billigen. Er habe dem Oberpostdirektor auch in diesem Falle kein Missfallen zum Ausdruck gebracht. Auch in anderen Fällen, die nicht an die Öffentlichkeit gelangt seien, habe er nichts unternommen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, wann die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten in Kraft treten sollen und beschwert sich dann über die Verkürzung von Postbeamten.

Staatssekretär v. Poddieski: Die politischen Eingriffe von Beamten habe er nie gebilligt und werde er nie billigen. Er habe dem Oberpostdirektor auch in diesem Falle kein Missfallen zum Ausdruck gebracht. Auch in anderen Fällen, die nicht an die Öffentlichkeit gelangt seien, habe er nichts unternommen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, wann die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten in Kraft treten sollen und beschwert sich dann über die Verkürzung von Postbeamten.

Staatssekretär v. Poddieski: Die politischen Eingriffe von Beamten habe er nie gebilligt und werde er nie billigen. Er habe dem Oberpostdirektor auch in diesem Falle kein Missfallen zum Ausdruck gebracht. Auch in anderen Fällen, die nicht an die Öffentlichkeit gelangt seien, habe er nichts unternommen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, wann die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten in Kraft treten sollen und beschwert sich dann über die Verkürzung von Postbeamten.

Staatssekretär v. Poddieski: Die politischen Eingriffe von Beamten habe er nie gebilligt und werde er nie billigen. Er habe dem Oberpostdirektor auch in diesem Falle kein Missfallen zum Ausdruck gebracht. Auch in anderen Fällen, die nicht an die Öffentlichkeit gelangt seien, habe er nichts unternommen.

gerichtlichen Verfahren freien Lauf gelassen, denn Oberpostdirektor aber seine Abschaffung ausgeschieden. Habe der Vorsteher des Postamts in Lübeck zu illegalen Setzungen zurückgedrängt, so werde er den Schuldigen zur Verantwortung ziehen.

Damit schließt die Diskussion. — Der Titel wird mit dem Antrag Bassermanns an die Budgetkommission zu rückschlagen.

Beim Titel „Telegraphen- und Telefon-Gesellschaften“ steht auf eine Anfrage des Abg. Müller-Sagan.

Unterstaatssekretär Frisch mit, die Fernsprech-Gesellschaften müßten eine bestimmte Ausbildungsjahre durchmachen, und sie würden von Anfang an darüber unterrichtet, daß sie während dieser Ausbildungsjahre nicht zu beanspruchen haben.

Abg. Prinz Schönai - Carolath (Hof. d. Nat.-lib.) dankt dem Staatssekretär für die Förderung der Verbesserungen auf Erweiterung der Berufsbildung.

Der Titel wird bewilligt.

Bei den auf die Unterbeamten bezüglichen Titeln wird.

Abg. Müller-Dortmund besondere Berufsbildung der Arbeiter in den Industriegegenden mit hohen Arbeitslöhnen bei der Verteilung von Leistungszulagen.

Staatssekretär v. Raumann verweist darauf, daß der Staat bei den Stellenzulagen bereits über die Wünsche des Reichstags hinausgegangen sei, weitergehende Wünsche für einzelne Gegenden seien schwer zu berücksichtigen.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Wohnungsgeldzuschüsse“ steht auf eine Anfrage des Abg. Singer.

Staatssekretär Frisch mit, daß die angestellten Erhöhungen über die militärischen Servicelöhne und die Wohnungsgeldzuschüsse noch nicht abgeschlossen sind. Vorläufig sei nur eine ungefähre Überentlastung beider festgestellt. Über ein späteres Ergebnis sei erst nach Abschluß der Erhebungen festzustellen.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Wohnungsgeldzuschüsse“ steht auf eine Anfrage des Abg. Singer.

Direktor Wittko mit, daß binnen kurzem neue Bestimmungen darüber ergehen sollen, wenn zur Entlastung von Unterbeamten Hilfskräfte eingestellt werden sollen.